

## Arbeitsförderung neu ausrichten

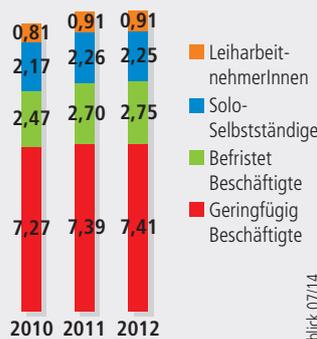
**Zu einer neuen Ordnung der Arbeit gehört auch eine Neuausrichtung der Arbeitsförderung, fordert der DGB. Alle Beschäftigte und Arbeitsuchende sollen die Chance auf einen sicheren und fair bezahlten Arbeitsplatz haben.**

**Sozialstaat.** Mit dem Programm „Perspektiven in Betrieben“ wirbt die Bundesagentur für Arbeit (BA) seit 2013 bei den Unternehmen dafür, Langzeitarbeitslose einzustellen. Bis zu 75 Prozent des Lohnes trägt dabei die BA. Der DGB begrüßt, dass die Bundesregierung dieses Programm nun ausbauen will. Die bereitgestellten Gelder seien aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

In einem Positionspapier fordert der DGB, die Arbeitsförderung insgesamt an sozialen Standards neu auszurichten. Das Ziel muss sein, prekäre Beschäftigung abzubauen und neue Fachkräfte auszubilden. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach erklärt: „Auch Arbeitsmarktpolitik sollte einen aktiven Beitrag dazu leisten, die Ordnung am Arbeitsmarkt zu sichern.“ Vermittlung müsse nachhaltig sein und der jeweiligen Qualifikation entsprechen. Zudem sollen tarifliche Regelungen beachtet werden. „Nicht Vermittlung um jeden Preis, sondern Vermittlung in gute Arbeit muss das Ziel sein“, so Buntenbach. Arbeitsagenturen und Jobcenter müssten ArbeitnehmerInnen insgesamt besser unterstützen, damit sie Jobs mit angemessenen Löhnen finden. Der DGB fordert unter anderem ein einheitliches Prüfverfahren, mit dem die Arbeitsvermittler Stellenangebote

### Mehr prekäre Beschäftigung

Abhängig Beschäftigte in ausgewählten prekären Erwerbsformen (in Millionen)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, IAB-Betriebspanel 2012, Statistisches Bundesamt 2013

In den vergangenen vier Jahren ist die Zahl der atypischen Beschäftigungsverhältnisse weiter gestiegen.

Versicherungssystem betreut, zwei Drittel dagegen vom Hartz-IV-System. Unter anderem will der DGB den Zeitrahmen, in dem Ansprüche auf Arbeitslosengeld I erworben werden können, von zwei auf drei Jahre anheben. Seit 2006 müssen Beschäftigte innerhalb der letzten zwei Jahre mindestens zwölf Monate sozialversichert gearbeitet haben. Für Buntenbach reicht das allerdings noch nicht aus: „Zu einer fairen sozialen Absicherung gehören auch armutsfeste Hartz-IV-Sätze.“ ●

mit sittenwidrigen Löhnen herausfiltern können. Die zentrale Jobbörse der BA im Internet soll zu jedem Angebot die geltenden Tarife und Mindestlöhne ausweisen.

Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, fordert der DGB mehr Bildung und Weiterbildung für Arbeitslose. So sollen insbesondere im Hartz-IV-System Maßnahmen gefördert werden, die zu einem Berufsabschluss führen. Finanzielle Anreize sollen die TeilnehmerInnen motivieren. Um Menschen zu helfen, für die Vermittlung oder Qualifizierung nicht in Frage kommt, soll die öffentlich geförderte Beschäftigung neu geordnet werden.

Auch die Arbeitslosenversicherung müsse wieder mehr Menschen schützen. Nur noch rund ein Drittel aller Arbeitslosen wird vom

### ● INHALT

- 3 Mindestlohn**  
Gleichheitsgrundsatz verletzt
- 5 DGB-Index Gute Arbeit**  
Mehr unbezahlte Arbeit
- 7 Öffentliche Infrastruktur**  
Investitionen überfällig

### Tag der Arbeit

**Aufruf.** Mehr Mitbestimmung, Arbeitnehmerrechte und soziale Gerechtigkeit – auch in diesem Jahr trägt der DGB seine Forderungen am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, auf die Straße. 2014 ist ein wichtiges Jahr: Es finden Betriebsrats- und Europawahlen statt, der Mindestlohn von 8,50 Euro soll eingeführt werden. Das ist ein Etappensieg für die Gewerkschaften. Aber kein Grund, sich auf Erreichtem auszuruhen. In Deutschland und Europa gibt es viel zu tun in der Arbeits- und Sozialpolitik. Deswegen fordert der DGB in seinem Aufruf zum 1. Mai eine gerechte Rente, Investitionen in Bildung, eine bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Privatem und die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern. Der DGB macht auch klar: „Der 1. Mai ist unser Tag der Solidarität und kein Ort für Nazis.“ ●

! [www.dgb.de/erstermai](http://www.dgb.de/erstermai)

### ● PLUS/MINUS

**– Die stellvertretende CDU-Vorsitzende Julia Klöckner bleibt bei ihrer Kritik, die Anrechnung von Arbeitslosenzeiten bei der Rente mit 63 führe zu einer „Frühverrentungswelle“. Der Gesetzentwurf müsse vor der Verabschiedung noch „intensiv diskutiert“ werden.**

**+ Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) will ein Siegel für nachhaltig produzierte Kleidung einführen. Die Näherinnen erhielten nur einen Hungerlohn „von dem sie nicht leben können“. Das Siegel soll für „Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ stehen.**

### ● IM NETZ

[www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)

Das Positionspapier „Für eine sozialstaatliche Arbeitsmarktpolitik“ zeigt, wie sich der DGB aktive Arbeitsmarktpolitik vorstellt.

# Ausbildungsbereitschaft sinkt weiter

**Weniger Verträge.** Im dritten Jahr in Folge sinkt die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge. Seit 2010 ist auch das Angebot an freien Plätzen rückläufig – trotz guter Wirtschaftslage. Nach den Zahlen des Berufsbildungsberichts 2014 gab es bei den Verträgen im vergangenen Jahr ein Minus von 3,7 Prozent. Die Ausbildungsbetriebe haben 3,5 Prozent weniger Stellen angeboten als 2012. Auch bei den ausbildungswilligen Betrieben melden die AutorInnen des Berichts rückläufige Zahlen: „Über lange Jahre verlief die Entwicklung der Zahl der Ausbildungsbetriebe und der Betriebe insgesamt weitgehend parallel. Seit 2009 hat sich dies geändert.“ Der Anteil der Ausbildungsbetriebe ist mit 21,3 Prozent auf dem tiefsten Stand seit 1999.

Nach Berechnungen des DGB fanden 2013 nur 65 Prozent der InteressentInnen tatsächlich einen Ausbildungsplatz. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack hält deshalb die Umsetzung der gewerkschaftlichen Forderung nach einer Ausbildungsplatzgarantie nach wie vor für entscheidend, um die Situation für die Jugendlichen zu verbessern. Da es ein solches Konzept nicht zum Nulltarif gibt, müssen an der Finanzierung einer solchen Garantie auch die Unternehmen beteiligt werden, die nicht ausbilden.

Trotz des Überhangs an BewerberInnen und reduzierter Angebote bleiben Ausbildungsstellen unbesetzt. Überwiegend in Branchen mit schlechter Bezahlung oder ungünstigen Arbeitszeiten wie im Hotel- und Gaststättengewerbe. Für Elke Hannack ist das nicht erstaunlich, denn „wer junge Menschen als billige Arbeitskräfte nutzt und ihnen keine attraktiven Zukunftsaussichten bietet“, könne nicht mit großem Interesse rechnen.

Die Klagen einiger Arbeitgeber über fehlende Vorbereitung der Jugendlichen sind schwer nachvollziehbar. Seit Jahren wächst der Anteil der BewerberInnen mit mittlerem und hohem Bildungsabschluss. Dies führt dazu, dass sich die Chancen für Jugendliche mit Hauptschulabschluss verringern. Noch schwieriger ist es für Stellensuchende mit Förderbedarf. Der DGB empfiehlt, ausbildungsbegleitende Hilfen und die assistierte Ausbildung zu einem neuen integrativen Förder- und Entwicklungsinstrument weiterzuentwickeln. ●

www.bit.ly/bildung2014

## Gut qualifiziert

Bildungsstand der Auszubildenden, die einen Vertrag abgeschlossen haben (in Prozent)



Den höchsten Anteil bei den Ausbildungsverträgen stellen seit Jahren die RealschülerInnen. Wer nach dem Abi eine Ausbildung dem Studium vorzog, unterschrieb vor allem im Bereich Industrie und Handel Verträge (30 Prozent). In den Handwerksberufen hatten hingegen nur 9,1 Prozent eine Studienberechtigung. Über 50 Prozent der Ausbildungsverträge im Handwerk wurden mit HauptschülerInnen abgeschlossen.

## Mietpreisentwicklung überfordert Familien

Das Wohngeld ist für den DGB ein wichtiges sozialpolitisches Instrument. Trotz steigender Mieten und Betriebskosten erhalten Einkommensschwache keine höheren Zuschüsse. Eine Wohngeldreform wäre deshalb dringend geboten. Die bisherigen Reaktionen der Politik wie die

sogenannte Mietpreisbremse oder das Programm „Soziale Stadt“ sind zwar positiv, aber reichen nicht aus. „Durch die Preisentwicklung auf dem Wohnungsmarkt drohen mehr ArbeitnehmerInnen unter die Hartz-IV-Bedürftigkeitsschwelle und damit in Armut trotz Erwerbstätigkeit

abzurutschen“, mahnt der DGB. Aus gewerkschaftlicher Sicht müssten künftig Erwerbstätige mit niedrigem Einkommen – insbesondere Familien mit Kindern – mehr Wohngeld erhalten. Zusätzlich hält der DGB die Wiedereinführung eines Heizkostenzuschusses für sinnvoll.

## Standort Europa

**Industriepolitik.** Die Stärke der deutschen Volkswirtschaft basiert auf ihrer starken industriellen Basis, auf leistungsfähigem Handwerk und auf hochentwickelter Dienstleistung. Die EU-Kommission hat die Stärke industrieller Standorte erkannt und will nun die Re-Industrialisierung voranbringen. Das Europaparlament hat dazu eine eigene Initiative gestartet. „Es zahlt sich aus, dass Deutschland über all die Jahre an seinem harten industriepolitischen Kern festgehalten hat“, stellte DGB-Vorstandsmitglied Reiner Hoffmann auf der Fachkonferenz „Das Comeback der Industrie in Europa“ fest. Die Bedeutung der Industrie werde mittlerweile auch in anderen Ländern erkannt. Deshalb seien die Strategien von EU-Kommission und -Parlament richtig. Die Europäer dürften aber nicht vergessen, dass zu einer erfolgreichen Re-Industrialisierung auch qualifizierte ArbeitnehmerInnen gehören. ●

## Lebenswichtig

**Infrastruktur.** Der Plan, zusätzlich fünf Milliarden Euro für Infrastruktur in den Bundeshaushalt einzustellen, ist aus Sicht des DGB eine gute Entscheidung. Sie reichen allerdings nicht aus, um die notwendigen Maßnahmen zu finanzieren. „Eine funktionstüchtige Verkehrsinfrastruktur ist lebenswichtig für Deutschland“, mahnt DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel. Die BürgerInnen seien ebenso wie die Wirtschaft auf gute Straßen und Verkehrsverbindungen angewiesen. ●

## TELEGRAMM

**Die Hartz-IV-Sätze** müssen neu berechnet werden, fordert der DGB. Nach einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung müsste der Regelsatz für Singles 424 Euro monatlich betragen. Aktuell liegt er bei 391 Euro. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntbach schätzt, dass die Bundesregierung den Betrag gezielt „klein gerechnet“ hat.

**Gute Arbeit** benötigt Gestaltungsmöglichkeiten. Wichtig wäre ein „Humanisierungsprogramm zur Gestaltung von Guter Arbeit“, appelliert DGB-Vorstandsmitglied Reiner Hoffmann an die Bundesregierung. Ein solches Programm wäre die richtige Antwort auf die „rasanten Veränderungen in der Arbeitswelt“.

**Mobbing am Arbeitsplatz** kann die Bundesregierung nicht quantifizieren. Es lägen keine aktuellen Daten vor, heißt es in einer Antwort auf eine Anfrage der Grünen. Eine Anti-Stress-Verordnung, wie sie die Gewerkschaften fordern, könne es vielleicht geben. Dazu fehlten aber derzeit noch wissenschaftliche Erkenntnisse.

**Stress am Arbeitsplatz** gehört zu den häufigsten Gesundheitsproblemen. Europaweit soll nun die Kampagne „Gesunde Arbeitsplätze – den Stress managen“ der Agentur für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz (EU-OSHA) anlaufen. Arbeitgeber und Gewerkschaften sollen die Aktion als „Kampagnenpartner“ unterstützen.

# Gleichheitsgrundsatz verletzt

**Mindestlohn.** Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sehen in dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Stärkung der Tarifautonomie und den Regelungen für einen gesetzlichen Mindestlohn, „einen großen und wichtigen Schritt für eine neue Ordnung der Arbeit“. Das Tarifvertragssystem werde gestärkt und die soziale Absicherung der ArbeitnehmerInnen verbessert, heißt es in der Stellungnahme des DGB-Bundesvorstandes. Massiv kritisieren die Gewerkschaften jedoch die jetzt festgelegten Ausnahmeregelungen: Jugendliche, ein Teil der PraktikantInnen und Langzeitarbeitslose dürfen nicht außen vor bleiben. „Würde kennt keine Ausnahmen“, sagen die Gewerkschaften.

Bei Jugendlichen unter 18 Jahren zieht die Begründung nicht, dass sich junge Menschen verleiten lassen könnten, statt einer Ausbildung den Job mit dem höheren Mindestlohn zu wählen. Schon heute sind die tariflichen Einstiegsgehälter für Ungelernte in vielen Branchen höher als die Ausbildungsvergütung. Dies führte aber nicht zu negativen Anreizen. In Deutschland sind 90 Prozent der 15- bis 19-Jährigen SchülerInnen, Studierende oder Auszubildende. Eine solche Ausnahme ist auch aus verfassungs-, europa- und völkerrechtlichen Gründen unzulässig, da sie altersdiskriminierend ist und somit gegen den Gleichheitsgrundsatz im Grundgesetz verstößt.

PraktikantInnen, die sechswöchige Orientierungspraktika ableisten, dürfen ebenfalls nicht vom Gesetz benachteiligt werden, so der DGB. Es sei zu



„Mindestlohn für alle, jetzt. Würde kennt keine Ausnahmen“: Auftaktaktion zur neuen Welle der DGB-Mindestlohnkampagne am 1. April in Berlin mit dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer und dem DGB-Vorstandsmitglied Reiner Hoffmann.

befürchten, dass diese Ausnahme als „Einfallstor“ für ständig erneuerte Kurzpraktika genutzt würden. Eine Überprüfung wäre aufgrund der kurzen Arbeitsdauer kaum möglich. Dies gelte ebenso für sechswöchige Praktika, die begleitend zu einer Berufs- oder Hochschulausbildung wahrgenommen werden.

Der Passus im Gesetzentwurf, Langzeitarbeitslose in den ersten sechs Monaten ihrer Beschäftigung vom Mindestlohn auszunehmen, wird vom DGB strikt abgelehnt. Über eine Million Menschen wären von dieser Regelung betroffen – die nach Deutschland entsandten Beschäftigten nicht mitgerechnet. Gerade Langzeitarbeitslose bedürften aber „eines besonderen Schutzes vor Ausbeutung“. Zudem gebe es keinerlei Hinweise darauf, dass diese Gruppe über Lohndumping leichter in den Arbeitsmarkt integriert werden könnte. Darüber hinaus ist mit der jetzigen Formulierung unklar, welche Personengruppe konkret gemeint ist. In keinem Mindestlohn-Land in Europa gibt es eine solche Einschränkung für Langzeitarbeitslose. ●

## MEHR ZUM THEMA

### Der Weg des Gesetzes

Nach den Plänen des Bundesarbeitsministeriums soll der Gesetzentwurf zum Mindestlohn die drei Lesungen im Bundestag und die Behandlung in den Fachausschüssen bis zum Beginn der Sommerpause (7. Juli) passieren. Die Bundestagsfraktionen oder die Ausschussmitglieder könnten noch Änderungen einbringen, die allerdings eine Mehrheit im Bundestag benötigen würden. Der Bundesrat, der dem Gesetz ebenfalls zustimmen muss, tagt nach der Sommerpause erstmals am 19. September. Am 1. Januar 2015 soll – wenn Bundestag und Bundesrat zugestimmt haben – das Gesetz in Kraft treten.

## IM NETZ

[www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)

DGB-Stellungnahme zum Tarifautonomiestärkungsgesetz

[www.mindestlohn.de](http://www.mindestlohn.de)

DGB-Mindestlohnkampagne

[www.dgb-bestellservice.de](http://www.dgb-bestellservice.de)

Materialien zur Mindestlohnkampagne

[www.mindestlohnfuerzusteller.de](http://www.mindestlohnfuerzusteller.de)

ver.di-Unterschriftenkampagne

## Niederlande: Arm mit Mindestlohn

Ein Blick über die Grenze zum holländischen Nachbarn könnte für die Verfechter eines Mindestlohns ab mindestens 20 Jahren oder älter, wichtige Erkenntnisse bringen. In den Niederlanden gibt es einen nach Alter gestaffelten Mindestlohn.

Erst ab 23 Jahren wird der derzeit aktuelle Satz von 9,11 Euro pro Stunde bezahlt. Die jüngeren Beschäftigten erhalten einen altersbasierten gestaffelten Mindestlohn. So muss ein 15-Jähriger für 30 Prozent des Mindestlohnes arbeiten, 18-Jährige erhalten 45,5 Prozent. Die niederländische Ge-

werkschaftsjugend (FNV Jong) hat Daten, unter anderem des Statistikamtes (Centraal Bureau voor de Statistiek – CBS), ausgewertet und stellt fest: Diese diskriminierende Schlechterstellung junger ArbeitnehmerInnen hat „einen Verdrängungseffekt unterstützt“. Die Leidtragenden sind Menschen, die von Jobs mit geringfügigen Qualifikationen abhängig sind. Ein weiteres negatives Ergebnis: StudentInnen, die mit ihrer Arbeit das Studium finanzieren, müssen mehr Stunden arbeiten, als es ihr Studium eigentlich erlaubt.

! [www.bitly/MindestlohnNL](http://www.bitly/MindestlohnNL)

## Billige Helfer

**Verlage.** Für die ZeitungszustellerInnen hat ver.di den Verlegern Tarifverhandlungen angeboten. Mit einem Tarifvertrag hätten die Arbeitgeber zwei Jahre Zeit, bis der gesetzliche Mindestlohn bezahlt werden müsste. Die Verleger wollen eine Ausnahmeregelung im Gesetz. Eine Ausnahme, die nach einem Rechtsgutachten, das ver.di erstellen ließ, nicht gerechtfertigt wäre. Die Zahlung des Mindestlohns sei weder ein Eingriff in die Pressefreiheit noch sei sie unzumutbar, bestätigt das Gutachten. Somit gebe es keinen Grund, dass Zeitungsverlage ausgerechnet den Schwächsten den Mindestlohn nicht zahlen wollen, kritisiert ver.di. ●

## Teure Ernten

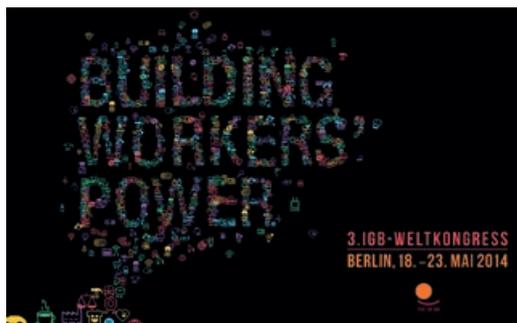
**Saisonalarbeit.** Teures Obst und Gemüse seien die Folge, wenn für die HelferInnen auf den Feldern der gesetzliche Mindestlohn gezahlt werden müsse, klagen die Arbeitgeber. Eine Aussage, die für Harald Schaum, stellvertretender Vorsitzender der IG BAU, „irreführend“ ist. Zudem könnten die Betriebe einen Tarifvertrag abschließen, der ihnen Zeit verschafft, um die Löhne schrittweise anzupassen. Die Gewerkschaft wäre „gesprächs- und kompromissbereit“. Bislang gibt es in 13 Tarifregionen eine Vereinbarung, nach der ab 2017 spätestens die gesetzlichen 8,50 Euro gezahlt werden müssen, doch eine bundesweite Regelung fehlt. ●

# Arbeitnehmerrechte weltweit verteidigen

**Kongress.** Die internationale Gewerkschaftsbewegung trifft sich vom 18. bis 23. Mai in Berlin. 1500 Delegierte aus 170 Ländern werden zum 3. Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) erwartet. Der „Weltkongress der Arbeit“ steht unter dem Motto „Building Workers’ Power“. Michael Sommer, seit 2010 IGB-Präsident, freut sich, „dass es gelungen ist, diesen Kongress nach Berlin zu holen“. Auf dem Kongress geht es auch um seine Nachfolge als IGB-Präsident.

Die Delegierten widmen sich in zahlreichen Anträgen der Stärkung von ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften weltweit. Drei Arbeitsgruppen beraten Strategien der gewerkschaftlichen Organisation und der Förderung von Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechten. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Schaffung von nachhaltigen Arbeitsplätzen, Einkommenssicherheit und sozialem Schutz. Die in den Arbeitsgruppen diskutierten Anträge sollen am letzten Kongresstag von den Delegierten im Plenum beschlossen werden.

Die Anträge sehen konkrete Handlungsrahmen vor: Um mehr Menschen zu erreichen und gewerkschaftlich zu organisieren, sind verschiedene Kampagnen des IGB und der globalen Gewerkschaftsföderationen



Im Mai entwickeln Delegierte aus 170 Ländern gemeinsam Strategien zur Stärkung der ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften weltweit.

geplant. Zudem hat der IGB eine Liste mit Ländern erstellt, in denen Gewerkschaften Angriffen ausgesetzt sind. Die Gewerkschaften sollen vor Ort unterstützt werden, um auch in diesen Ländern die grundlegenden Rechte aller ArbeitnehmerInnen zu garantieren. Um Arbeitsplätze zu schaffen sowie Armut und Ungleichheit zu bekämpfen, setzt der IGB auf Investitionen und ein nachhaltiges Wirtschaftsmodell. Im Fokus steht dabei auch die Regulierung des informellen Sektors. ●

! [www.congress2014.ituc-csi.org](http://www.congress2014.ituc-csi.org)

## Countdown läuft

**Bewerbungsfrist.** Bis zum 30. April können sich Betriebsratsmitglieder, komplette Gremien oder betriebsübergreifende Kooperationen für den Deutschen Betriebsräte-Preis (DBRP) 2014 bewerben. Gefragt sind Initiativen und Projekte, die zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen, zum Erhalt oder zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Bewältigung betrieblicher Krisen beigetragen haben. Der DBRP ist eine Initiative der Zeitschrift „Arbeitsrecht im Betrieb“ und wird am 30. Oktober zum sechsten Mal vergeben. Der Preis würdigt engagierte Betriebsratsarbeit und will mehr Aufmerksamkeit und Anerkennung für sie erreichen. ●

! [www.dbrp.de](http://www.dbrp.de)

## Europa wählen!

**Kampagne.** Die Europäische Bewegung Deutschland (EPD), zu deren 235 Mitgliedsorganisationen der DGB gehört, hat anlässlich der Europawahl am 25. Mai eine Unterstützungskampagne gestartet. In einer Bildergalerie werden „1000 gute Gründe für Europa“ gezeigt. Beteiligen können sich alle, die für eine hohe Wahlbeteiligung werben wollen. Das eigene Social Media-Profil kann mit einem Button „Vote for Europe“ versehen werden. ●

! [www.bit.ly/Kampagne-EBD](http://www.bit.ly/Kampagne-EBD)

! [www.bit.ly/Vote-for-Europe](http://www.bit.ly/Vote-for-Europe)



## Europas Mythen

Das Europäische Parlament hat nichts zu sagen, und Deutschland zahlt in der EU nur drauf – manche Vorurteile über die Europäische Union halten sich hartnäckig. Momentan machen Rechtspopulisten mit ihnen Stimmung gegen Europa. Die neue Broschüre des DGB „Fakten statt Mythen“ räumt mit den modernen Märchen auf. Deutschland ist der Zahlmeister der EU? Pro Kopf zahlen Schweden oder Dänemark

deutlich mehr. Was in Brüssel entschieden wird, hat mit dem Alltag der Menschen nichts zu tun? Die EU-Richtlinien zum Arbeits- und Gesundheitsschutz, zum Datenschutz und Europäischen Betriebsräten schützen die Rechte der Beschäftigten. Die Texte machen auch klar: Die Europäische Union lebt von und mit den BürgerInnen, ein starkes und demokratisches EU-Parlament braucht jede Stimme am 25. Mai. Die Broschüre kann online bestellt oder als PDF heruntergeladen werden.

! [www.bit.ly/Fakten-statt-Mythen](http://www.bit.ly/Fakten-statt-Mythen)

## ● INTERREGIO

Der **DGB Nord** ruft PraktikantInnen dazu auf, ihre **Arbeitgeber zu verklagen**, wenn sie ausgebeutet werden oder keinen Lohn erhalten. „Der gewerkschaftliche Rechtsschutz ist für alle Gewerkschaftsmitglieder da“, so der Bezirksvorsitzende Uwe Polkaehn. Vorreiterin ist eine 19-jährige Praktikantin, die monatelang kostenlos in einem Supermarkt jobbte, um fest angestellt zu werden. Das Arbeitsgericht Bochum hat den Arbeitgeber zu einer Lohnnachzahlung von über 17 000 Euro verurteilt.

**ver.di Niedersachsen – Bremen** und das **ver.di-Bildungswerk Niedersachsen** laden im Vorfeld der **Europawahl** zur Veranstaltungs-

reihe „Diesmal geht’s um mehr“ ein. An sechs Abenden im April und Mai diskutieren ExpertInnen aus Wissenschaft, Gewerkschaften und Politik Themen wie die Finanzkrise, Rechtspopulismus, gute Arbeit und ein soziales und gerechtes Europa. ! [www.bit.ly/bw-verdi](http://www.bit.ly/bw-verdi)

Der Frauenrat Saarland, dessen Mitglied der **DGB Saarland** ist, fordert mit einer **Online-Petition** „Mehr Frauen in die Parlamente“. Obwohl im Saarland 51,3 Prozent der Bevölkerung weiblich sind, gibt es in den Gemeinde- und Stadträten nur einen Frauenanteil von 20 Prozent. Um diese Unterrepräsentanz zu beheben und zu einer gleichberechtigten Politik

zu gelangen, fordert die Petition ein Gesetz, um Frauen Plätze auf den Wahllisten zu garantieren. ! [www.rheinland-pfalz-saarland.dgb.de/-/zlm](http://www.rheinland-pfalz-saarland.dgb.de/-/zlm)

Der **DGB Sachsen** hat anlässlich der Europa- und der sächsischen Kommunalwahlen am 25. Mai die **Plakataktion** „NP...“

„NP... Nee! – Keine Nazis in die Parlamente“ gestartet. Unterstützt wird die Aktion von SPD, Die Linke und Bündnis90/ Die Grünen.



## Kritische Reporter gesucht

**Journalistenpreis.** Die Otto-Brenner-Stiftung der IG Metall zeichnet investigative JournalistInnen mit dem Otto-Brenner-Preis aus. Unter dem Motto „Kritischer Journalismus – Gründliche Recherche statt bestellter Wahrheiten“ können sich bis zum 15. Juli AutorInnen mit Print-, Audio- und Videobeiträgen bewerben. ●

! [www.otto-brenner-preis.de](http://www.otto-brenner-preis.de)

# Gratis arbeiten für den Betrieb

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erreicht immer neue Rekordmarken, die Wirtschaft ruft den Fachkräftemangel aus. Doch die Qualität der Arbeit, Untersuchungsgegenstand des „DGB-Index Gute Arbeit“, liegt weiter nur im unteren Mittelfeld.

**DGB-Index Gute Arbeit.** Bei der bundesweiten Befragung des DGB wird jährlich die Qualität der Arbeit aus Sicht der Beschäftigten erfasst. Die zentralen Ergebnisse des DGB-Index Gute Arbeit 2013 lauten: Mehr als 60 Prozent der Beschäftigten müssen immer mehr Arbeit in der gleichen Zeit schaffen. 56 Prozent arbeiten gehetzt, und nur knapp die Hälfte der befragten 5800 Beschäftigten glaubt daran, bis zum Rentenalter durchhalten zu können. Angesichts der Rentenkürzungen der vergangenen Jahre führt ein vorzeitiger Ausstieg aus dem Erwerbsleben zu erheblichen Einbußen im Alter. Aktuell geben zehn Prozent der Befragten an, dass ihr Einkommen nicht ausreicht, um die „finanziellen Erfordernisse des Alltags“ abzu-

Arbeitenden ist unter den Wochenend- und Spätarbeit Leistenden besonders hoch.

Am stärksten betroffen von der Umsonst-Arbeit sind mit einem Anteil von 44 Prozent sehr häufig oder oft die Beschäftigten, die für ihren Arbeitgeber auch außerhalb ihrer regulären Arbeitszeit erreichbar sein müssen, ob per Mail oder Smartphone. Arbeit, die unter dem Vorzeichen ständiger Erreichbarkeit geleistet wird, wird offenbar häufig nicht erfasst. „Wie es den Anschein hat, betrachten viele Arbeitgeber das als Gefälligkeitsleistung, die ihre Mitarbeiter ihnen schuldig sind“, so Frank Bsirske.

Insgesamt zieht DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach das Fazit: „Die Erholung am Arbeitsmarkt

● MEHR ZUM THEMA

## Die Studie

Seit 2007 wird mit dem DGB-Index Gute Arbeit einmal jährlich bundesweit die Zufriedenheit der Beschäftigten mit ihrer Arbeitsqualität gemessen. Der DGB-Index ist ein wissenschaftlich fundiertes Instrument zur Erfassung der Arbeitsbedingungen. Befragt werden ArbeitnehmerInnen aller Branchen, Einkommensgruppen, Regionen, Betriebsgrößen, Berufsgruppen und Beschäftigungsverhältnisse.

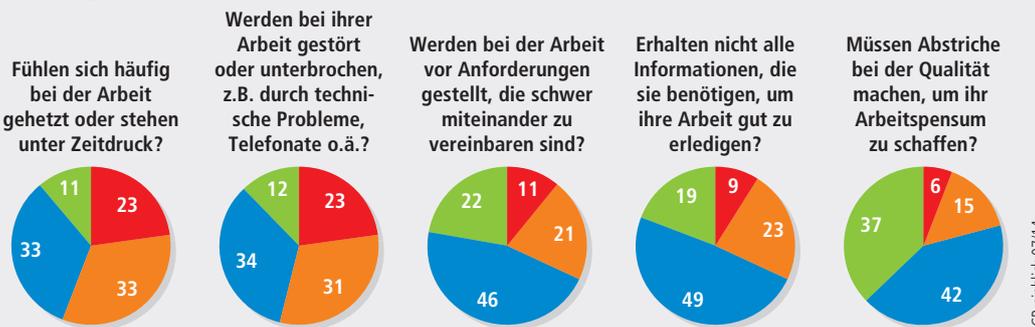
Das Urteil der Beschäftigten über ihre Arbeits- und Einkommensbedingungen wird auf der Basis gesicherter arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse in einen Indexwert umgerechnet. Auf der Skala von 1 bis 100 erhalten Werte über 80 das Prädikat Gute Arbeit. Werte zwischen 50 und 80 werden als Mittelmäßige Arbeit qualifiziert. Ein Indexwert unter 50, das heißt mit weniger als der Hälfte der zu vergebenden Punktzahl, wird als Schlechte Arbeit bezeichnet.

Der Gesamt-Index des Jahres 2013, bei dem alle Bereiche der Arbeitsqualität berücksichtigt sind, liegt bei 61 von 100 möglichen Punkten. Damit liegt die Qualität der Arbeit in Deutschland wie im Vorjahr im unteren Mittelfeld.

! [www.dgb-index-gute-arbeit.de/](http://www.dgb-index-gute-arbeit.de/)

## Wettbewerb erzeugt Arbeitsverdichtung

Beurteilung der Arbeitsintensität aus Sicht der Beschäftigten (Angaben in Prozent)



decken. Weitere 33 Prozent sagen: „Es reicht so gerade.“ Für private Vorsorge dürfte es in diesen Fällen kaum Spielraum geben. Was das für die Betroffenen bedeutet, wird deutlich, wenn die Frage nach der Einschätzung der gesetzlichen Rente von 42 Prozent der Beschäftigten mit „Es wird nicht ausreichen“ und von weiteren 40 Prozent mit „Es wird gerade ausreichen“ beantwortet wird.

Im Zentrum des siebten DGB-Index Gute Arbeit steht unter anderem die Frage nach dem Ausmaß unbezahlter Arbeit. Auf die Frage „Wie häufig erledigen Sie außerhalb ihrer normalen Arbeitszeit unbezahlte Arbeit für ihren Betrieb?“ antworteten 17 Prozent der Befragten, dass sie sehr häufig oder oft zum Nulltarif für ihren Arbeitgeber tätig werden. Weitere 25 Prozent kommen hinzu, die hin und wieder Gratis-Arbeit leisten.

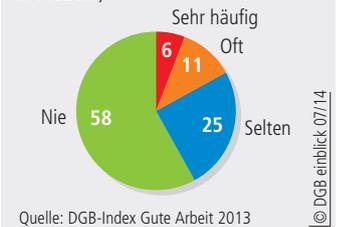
Im Bereich „Erziehung und Unterricht“ sind 45 Prozent der Beschäftigten sehr häufig oder oft unbezahlt für ihren Betrieb tätig und weitere 30 Prozent gelegentlich. Das komme, so der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske, für die Beschäftigten einer Lohnsenkung gleich. „Unbezahlte Arbeit bedeutet, dass die Arbeitgeber Sozialleistungen, die sie eigentlich zu leisten hätten, nicht abführen.“ Der Anteil der unbezahlt

Die Arbeitsverdichtung wächst: 89 Prozent der Beschäftigten geben an, häufig, oft oder zumindest zeitweise gehetzt zu arbeiten. Dabei fühlen sich 54 Prozent sehr häufig oder oft und noch einmal 34 Prozent mitunter von Störungen oder Unterbrechungen betroffen.

hat nicht zu einer Entspannung bei den Arbeitsbedingungen geführt. Die Unternehmen reagieren auf den demografischen Wandel offenbar vor allem mit Arbeitsverdichtung.“ Sie sieht den anhaltend hohen Zeit- und Leistungsdruck als Hauptursache für den Besorgnis erregenden Zuwachs an psychischen Erkrankungen. Der wiederum verursache Kosten in Milliardenhöhe und sei die Hauptursache für Erwerbsminderungsrenten. „Der DGB-Index zeigt darüber hinaus, dass die Arbeitgeber auch bei der betrieblichen Gesundheitsförderung zu wenig tun.“ Mehr als zwei Drittel der Befragten (68 Prozent) berichteten, dass es in ihren Unternehmen keine Maßnahmen der Gesundheitsförderung gebe. Zeit zum Umdenken, findet Annelie Buntenbach. „Wir brauchen eine neue Initiative für eine Humanisierung der Arbeit. Wir brauchen eine wirkungsvolle Anti-Stress-Politik. Dazu gehört eine konsequente Umsetzung des Arbeitsschutzgesetzes mit der Vermeidung von physischen und psychischen Gefährdungen am Arbeitsplatz.“ ●

## Arbeiten zum Nulltarif

Ausmaß der unbezahlten Mehrarbeit aus Sicht der Beschäftigten (Angaben in Prozent)



17 Prozent der Beschäftigten arbeiten außerhalb ihrer normalen Arbeitszeit häufig oder oft zum Nulltarif für ihren Arbeitgeber.

— ● KURZ & BÜNDIG —

# OECD-Beschwerde gegen Hyundai eingereicht

**IG Metall** hat ein Recht auf Mehrstaatigkeit für MigrantInnen gefordert. „Zu einer echten Willkommenskultur gehört, dass wir die Menschen nicht zwingen, sich zwischen dem deutschen oder einem anderen Pass zu entscheiden“, erklärt **Christiane Benner**, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall.

Der Vorsitzende der IG BCE **Michael Vassiliadis** kritisiert die Grünen in NRW, die in einer Erklärung das Ende des Braunkohle-Bergbaus im Rheinischen Revier eingeläutet hätten. Wer heute den Anschein erwecke, die Lagerstätten der Braunkohle wären in Zukunft als deutsche Energiereserve verzichtbar, „der treibt die Menschen nur in ein neues Fegefeuer falscher Erwartungen und ungesicherter Zukunft“.

Die **GEW** wird Verhandlungen über einen Gehaltstarifvertrag für angestellte LehrerInnen mit der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) aufnehmen. Nach langwierigen Protesten fordert die GEW, dass die Arbeitgeber Lehrkräfte nicht länger nach Gutsherrenart bezahlen dürfen. Angestellte LehrerInnen hätten auch ein Recht auf Eingruppierung nach Tarifvertrag.

**ver.di** 4,7 Prozent mehr Geld bekommen die rund 25 000 Filmschaffenden ab 1. Juli 2014. „Die Arbeitsbedingungen für Filmschaffende werden durch die getroffenen Vereinbarungen erneut verbessert, indem wir die Arbeitszeiten an vielen Dreh- und Arbeitstagen begrenzen, Pausen verlängern und Zuschläge für lange Arbeitstage erhöhen“, erklärt **ver.di**-Tarifsekretär **Matthias von Fintel**.

**IG Metall.** Seit Jahren behindert die Geschäftsleitung eines Entwicklungszentrums des Autokonzerns Hyundai in Rüsselheim die Arbeit des Betriebsrates. Alle Angebote der IG Metall, den Konflikt zu lösen, verweigerte das Unternehmen. Nun hat die Gewerkschaft Beschwerde bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) eingereicht. Der Erste Vorsitzende der IG Metall **Detlef Wetzel** kritisierte

den Umgang des Konzerns mit dem Betriebsrat als „schlicht inakzeptabel“. Der Betriebsrat müsse seine Rechte fast immer einklagen, erklärt der IG Metall-Bevollmächtigte in Darmstadt **Jochen Homburg**. Rund 70 Verfahren mussten die ArbeitnehmervertreterInnen bisher führen. „Das geht über das normale Maß an Konflikten zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung weit hinaus“, so **Homburg**. ●

— ● IM BLICKPUNKT —



Foto: Felix Kindermann

**Das Ende der rigiden Sparpolitik in Europa haben rund 50 000 Menschen auf einer Kundgebung des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) am 4. April in Brüssel gefordert.** „Die elementaren Eingriffe in die Tarifautonomie und in Arbeitnehmerrechte, die Lohn- und Sozialkürzungen und die neoliberale Sparpolitik haben die Finanzkrise nicht gelöst, sondern zu einer schwerwiegenden Krise gemacht“, kritisierte **DGB**-Vorstandsmitglied **Annelie Buntenbach** die aktuelle Politik. Im Hinblick auf die Europawahlen werben die Gewerkschaften dafür, sich die Parteiprogramme genau anzusehen. **Buntenbach:** „Es ist entscheidend, die sozialen Kräfte zu stärken.“ | [www.dgb.de/l-zuP](http://www.dgb.de/l-zuP)

## ver.di gewinnt

**Streikbrecher.** Das Bundesverfassungsgericht hat bestätigt, dass Gewerkschaften auch zu unangemeldeten Blitzaktionen aufrufen dürfen. Der Handelsverband Berlin-Brandenburg hatte **ver.di** verklagt. Die Gewerkschaft hatte 2007 mit rund 40 Menschen in einem Supermarkt für Chaos gesorgt: Sie kauften Billigartikel und sorgten damit für Warteschlangen an den Kassen, andere ließen vollgepackte Einkaufswagen im Geschäft stehen. Die Gewerkschaft wollte mit dieser Aktion darauf aufmerksam machen, dass von dem Supermarkt **Streikbrecher** eingesetzt wurden. Bereits das Bundesarbeitsgericht hatte **ver.di** die Rechtmäßigkeit bescheinigt. ●

— ● VIER FRAGEN AN —



Foto: Betriebsrat VW

**Im amerikanischen Volkswagen-Werk Chattanooga hat die US-Autogewerkschaft United Auto Workers (UAW) die Gewerkschaftswahlen knapp verloren (einblick 4/2014). Damit bekommen die Beschäftigten dort vorerst keinen Betriebsrat. Frank Patta, Generalsekretär des VW-Weltkonzernbetriebsrates, erklärt, warum die VW-ArbeitnehmervertreterInnen nicht aufgeben.**

**Frank, wie kam es zu der Wahlniederlage bei VW in den USA?**

■ Es war sehr knapp, am Ende fehlten 44 Stimmen. Die aggressiven Gewerkschaftsgegner in den Südstaaten haben eine massive Kampagne gegen die UAW gefahren. Ich habe in meiner bisherigen Laufbahn so etwas noch nicht erlebt. Überall wurden die Beschäftigten und ihre Familien unter Druck gesetzt. Politiker haben gedroht, Investitionsanreize für VW zu streichen. Am Ende hat die Angst die Wahl gewonnen.

**Welche Lehren zieht ihr aus Chattanooga?**

■ Man darf nicht unterschätzen, dass in den US-Südstaaten Gewerkschaften immer noch verteufelt werden. Uns ist klar: Wir können und wollen unser Modell einer betrieblichen Interessenvertretung dort nicht einfach überstülpen. Wir wollen alle beteiligen. Auch deshalb gab es eine Wahl. Immerhin waren wir

die ersten unter den deutschen Konzernen im Süden der USA, die etwas Neues probiert haben. Was möglich war, haben wir erreicht.

**Ihr wolltet gemeinsam mit der UAW in Chattanooga einen Betriebsrat nach deutschem Vorbild installieren. Hat sich das Projekt jetzt erledigt?**

■ Nein. Wir bleiben dran. Derzeit analysieren wir die Situation und erarbeiten neue Strategien.

**Könntet ihr euch vorstellen, mit einer anderen Gewerkschaft zusammenzuarbeiten?**

■ Unser Partner ist die UAW. Ich glaube nicht, dass es mit einer anderen Gewerkschaft besser gelaufen wäre. Die Gewerkschaftsgegner machen es sich sehr leicht, wenn sie die UAW für den Niedergang der amerikanischen Autoindustrie verantwortlich machen. Die Verantwortung dafür tragen immer noch die Manager.

Anzeige

# Wir leben von der Substanz

**Deutschland spart sich kaputt. Die Infrastruktur verrottet zunehmend. Um Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit nicht zu gefährden, braucht Deutschland mehr öffentliche Investitionen. Stefan Körzell, DGB-Bezirksvorsitzender von Hessen-Thüringen, plädiert dafür, dass die Gewerkschaften die Forderung nach einer Investitionsoffensive zu einem ihrer Schwerpunktthemen der nächsten Jahre machen.**

**Investitionsoffensive.** Überall in Deutschland ist es das gleiche Bild: heruntergekommene Schulen, kaputte Straßen, baufällige Brücken, renovierungsbedürftige Krankenhäuser. Die Infrastruktur, sei es in der Bildung, bei den Verkehrswegen oder in der Gesundheitsversorgung, alles verkommt immer mehr. Das ist nicht einfach nur ein Ärgernis für alle Bürgerinnen und Bürger. Es hat auch fatale Folgen für die Zukunftsfähigkeit

**„Deutschland ist dabei, Standortvorteile zu verspielen.“**

unseres Landes. Wenn der Staat nicht mehr in der Lage ist, seine Aufgaben zu erfüllen, gefährdet das nicht nur den sozialen Zusammenhalt. Auch die Wirtschaft spürt bereits, wie sich etwa die marode Verkehrsinfrastruktur auf ihre Wettbewerbsfähigkeit auswirkt.

Besonders in den Städten und Gemeinden erfahren die Menschen direkt, wie die Infrastruktur den Bach heruntergeht. 2010 hat der DGB Hessen-Thüringen die Kampagne „Kommune sind wir“ gestartet. Über einen längeren Zeitraum wollten wir deren Situation in den Blick nehmen. Nicht nur für Hessen gilt: Immer mehr Städte sind pleite oder kurz davor. Ihre Handlungsfähigkeit ist massiv eingeschränkt. Viele sind nur noch mit Kassenkrediten in der Lage, die laufenden Aufgaben zu bewältigen. Von 11 Milliarden Euro 2001 sind diese auf heute 47 Milliarden Euro deutschlandweit gestiegen. Wohlgemerkt – dabei geht es nur um die laufenden Geschäfte, davon wird nicht ein Cent in den Erhalt oder gar in den Ausbau der Infrastruktur investiert. Die Steuerpolitik des Bundes sorgt dafür, dass die Kommunen weiter klamm bleiben. Die Folge ist: Deutschland verkommt immer mehr vom Steuer- zum Gebührenstaat. Die Kommunen erhöhen die Gebühren für Kitas oder beteiligen etwa AnwohnerInnen exorbitant an den Kosten von Straßenerneuerungen. Letztendlich zahlen damit vor allem die ArbeitnehmerInnen die Zeche für eine verfehlt Steuer- und Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand.

Aber auch die Wirtschaft leidet darunter: So müssen immer öfter Schwertransporter Umwege fahren, weil eine wachsende Zahl von Brücken und Straßen nicht mehr für schwere Lasten geeignet sind. Laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ist fast jede zweite Autobahnbrücke in einem bedenklichen Zustand, auch bei den Schienen- oder Wasserverkehrswegen sieht es nicht besser aus. Eine Kommission der Landesverkehrsminister hat 2012 errechnet, dass der Staat 15 Jahre lang jährlich 7,2 Milliarden Euro nur für den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur investie-

ren müsste. Die dafür von der Großen Koalition angekündigten fünf Milliarden Euro mehr in den nächsten vier Jahren sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Deutschland ist dabei, Standortvorteile zu verspielen. Wir leben von der Substanz. Innerhalb von fünf Jahren ist Deutschlands Infrastruktur im internationalen Vergleich von Platz drei auf Platz neun abgerutscht. Allein für die Kommunen hat das Deutsche Institut für Urbanistik einen Investitionsbedarf von rund 700 Milliarden Euro bis 2020 ermittelt. Vor diesem Hintergrund sind die sechs Milliarden Euro, die die Bundesregierung den Kommunen für Kita- und Schulausbau versprochen hat, nur ein erster Schritt.

Wir müssen mehr tun. In Deutschland ist die öffentliche Investitionsquote mit 1,5 Prozent deutlich niedriger als im OECD-Durchschnitt (2,4 Prozent). Sparpolitik und Steuersenkungen haben die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand massiv eingeschränkt, die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse verhindert existenzielle Investitionen. Die Befürworter der Schuldenbremse argumentieren, dass wir künftige Generationen nicht mit unseren Schulden belasten dürften. Doch ich halte es für fataler, wenn wir ihnen ein Land mit einer verlotterten Infrastruktur hinterlassen. Wir entziehen die Grundlagen, um im globalen Wettbewerb der Zukunft bestehen zu können. In vielen Bereichen gilt: Wenn wir heute nicht investieren, steigt der Investitionsstau ins Unermessliche. Wir brauchen

**„Wir brauchen einen neuen gesellschaftlichen Konsens.“**

einen grundlegenden Kurswechsel und einen neuen gesellschaftlichen Konsens darüber, dass eine funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge, eine leistungsfähige Infrastruktur und ein zuverlässiger, bürgernaher und leistungsfähiger öffentlicher Dienst Grundlagen für unsere Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit sind. Konzepte, wie das finanziert werden könnte, haben die Gewerkschaften vorgelegt. Das reicht von einer Abschaffung der pauschalen Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkünfte über eine Wiedereinführung der Vermögensteuer, eine stärkere Belastung großer Erbschaften oder einer Investitionsabgabe auf hohe Vermögen bis zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Die Gewerkschaften sind gefordert, für einen solchen Kurswechsel zu werben. Nach dem Vorbild der erfolgreichen Mindestlohnkampagne sollten wir eine Offensive für mehr Investitionen in die Infrastruktur starten. Investitionen in die öffentliche Infrastruktur sichern nicht nur bestehende Arbeitsplätze, sie schaffen auch neue. ●



Foto: DGB

*Stefan Körzell, 51, Vorsitzender des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen, wurde auf der DGB-Bundesvorstandsklausur im Januar von den Vorsitzenden der Mitgliedsgewerkschaften einstimmig als Kandidat für den Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB vorgeschlagen. Über seine Wahl entscheiden die Delegierten des DGB-Bundeskongresses im Mai in Berlin.*

## Gewerkschafter seit über 30 Jahren

*Stefan Körzell wurde 1963 im hessischen Wildeck-Bosserode geboren. Noch während seiner Ausbildung zum Maschinen-schlosser bei den Rotenburger Metallwerken wurde Körzell mit 17 Jahren Mitglied der IG Metall. Als Jugendvertreter kämpfte er erfolgreich für die Übernahme aller Auszubildenden im Unternehmen.*

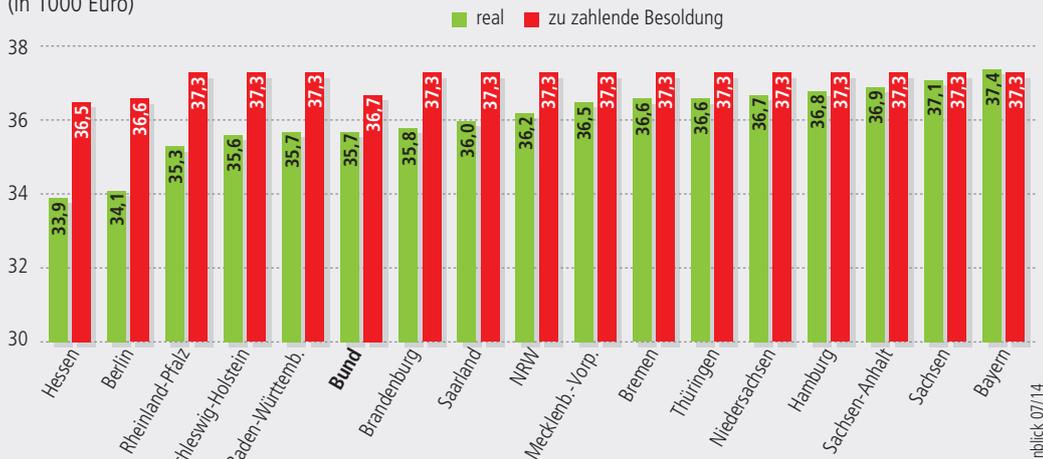
*1990 wurde der Hesse DGB-Organisationssekretär in Fulda und 1991 im Kreis Hersfeld-Roten-burg. 1993 trat Stefan Körzell in die SPD ein. 1997 wurde er zum Vorsitzenden des DGB-Kreises Bad Hersfeld-Eschwege gewählt. Seit dem 2. Februar 2002 ist Körzell Vorsitzender des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen.*

● DIE DGB-GRAFIK

Im öffentlichen Dienst galt der Grundsatz „Besoldung folgt Tarif“. Doch außer Bayern haben die Länder und der Bund die Tarifierhöhungen in den letzten Jahren nicht mehr analog für die BeamtInnen umgesetzt. Damit haben die Beamten deutlich weniger Geld bekommen, als ihnen zusteht. Besonders in Berlin und Hessen haben sie das Nachsehen. Das zeigt eine Analyse des DGB. Der DGB fordert, das aktuelle Tarifiergebnis im öffentlichen Dienst eins zu eins auf die BeamtInnen zu übertragen. | [www.einblick.dgb.de/hintergrund](http://www.einblick.dgb.de/hintergrund)

**Öffentlicher Dienst: Beamte von Lohnentwicklung abgekoppelt**

Vergleich der realen<sup>1)</sup> mit der eigentlich zu zahlenden<sup>2)</sup> Jahresbesoldung in der Besoldungsgruppe A9 im Jahr 2014<sup>3)</sup> (in 1000 Euro)



<sup>1)</sup> Jährliches Grundgehalt Endstufe und allgemeine Stellenzulage; <sup>2)</sup> Jahresbesoldung, wenn alle Tarifierhöhungen seit 2008 auf die BeamtInnen übertragen worden wären; <sup>3)</sup> Stand 31.3.2014

Quelle: DGB-Besoldungsreport 2014

© DGB einblick 07/14

● TERMINE

14.-16.4. Friedrich-Ebert-Stiftung, Seminar „Zocken bis die Börse kracht – Die Finanzkrise und ihre Auswirkungen“, Bad Münstereifel

15.4. DGB, Tagung „Rentenpolitisches Hearing des DGB“, Berlin

16.4. DGB Sachsen, Einsendeschluss für den sächsischen Mitbestimmungspreis 2014

22.4. DGB Sachsen, Aktion „Start einer Plakataktion zur Europa- und Kommunalwahl“

25.-26.4. GEW, Konferenz „Zukünftige Arbeitswelt im Goethe-Institut“, Steinbach im Taunus

25.-27.4. Friedrich-Ebert-Stiftung, Seminar „Mädchen und Frauen in der rechts-extremen Szene und der NPD – Historische Wurzeln, aktuelle Entwicklungen und politische Herausforderungen in Mecklenburg-Vorpommern“, Güstrow

28.4. DGB Sachsen und Arbeit und Leben Sachsen, Arbeitsschutzkonferenz „Die süchtige Arbeitsgesellschaft“, Görlitz

28.4. ver.di, Diskussion „Schützt Medienfreiheit und Rundfunk in Europa“, Berlin

29.4. ver.di und ver.di-Bildungswerk Niedersachsen, Diskussion „Vor der Europawahl: Die EU-Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf die Beschäftigten“, Göttingen

● SCHLUSSPUNKT

**„Der Gerichtshof kommt zu dem Ergebnis, dass der Unionsgesetzgeber (...) die Grenzen überschritten hat, die er zur Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit einhalten musste.“**

Aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 8. April zur Vorratsdatenspeicherung

● PERSONALIEN

**Kerstin Philipp**, 51, ist neue Vorsitzende des GdP-Landesbezirks Berlin. Die GdP-Landesdelegiertenkonferenz wählte sie mit 98,4 Prozent der Stimmen. Philipp ist seit 2002 stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende und im geschäftsführenden Bundesvorstand zuständig für Tarifpolitik. Sie folgt **Michael Purper**, 52. **Kevin Komolka**, 25, ist neuer Vorsitzender der Jungen Gruppe der GdP. Die Delegierten der GdP-Bundesjugendkonferenz wählten ihn mit 93,2 Prozent der Stimmen. Er folgt **Sabrina Kunz**, 33.

● BUCHTIPP

**Christian Neusser: Pluralisierte Partnerschaften – Über den Wandel der Parteien-Gewerkschafts-Beziehungen, Reihe: Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung, Band 159, edition sigma, 350 Seiten, 24,90 Euro**  
Der Umbau des Sozialstaates durch die rot-grüne Bundesregierung von 1998 bis 2005 hat das Verhältnis der SPD zu den Gewerkschaften massiv beeinträchtigt. Mit der Partei Die Linke ist zudem eine neue politische Kraft entstanden. Der Wandel der Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und den vier „Sozialstaatsparteien“ CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Partei Die Linke ist das Thema der Dissertation von Christian Neusser. Seine Arbeit ist eine Bestandsaufnahme des Verhältnisses der Gewerkschaften zur Politik. Der Autor schildert historische Entwicklungslinien, analysiert Gemeinsamkeiten und Unterschiede sowie die Interessenvertretung auf parlamentarischer Ebene. Neusser bilanziert, dass die ehemals privilegierte Partnerschaft zur SPD einem dynamischen System pluralisierter Partnerschaften gewichen ist.

**IMPRESSUM**

einblick erscheint vierzehntäglich

**Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH

**GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Dr. Lena Clausen, Sebastian Henneke

**Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma

**Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/3088 24-0, Fax 030/3088 24 20, Internet: [www.einblick.dgb.de](http://www.einblick.dgb.de), E-Mail: [redaktion@einblick.info](mailto:redaktion@einblick.info)

**Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: [bettina.muettel@berlin.de](mailto:bettina.muettel@berlin.de)

**Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin

**Abonnements:** Änderungen per E-Mail an: [abo@graewis.de](mailto:abo@graewis.de)

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

HINWEIS: Anzeigeninhalte im einblick geben nicht die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

### Grundsicherung

#### Bei Vermögen kein Zuschuss

Das Jobcenter ist nicht verpflichtet, Leistungen als Zuschuss zu erbringen, wenn Eigentum in Form einer Wohnung und eines Olivenhains in Griechenland vorhanden ist.

**Der Fall:** Der Mann beantragte Hartz-IV-Leistungen im Wege der einstweiligen Verfügung. Dabei gab er an, Eigentümer einer Wohnung und eines Olivenhains in Griechenland zu sein. Er könne dieses Eigentum aber wegen der in Griechenland herrschenden Wirtschaftskrise nur unter erheblichen Verlusten verkaufen. Das sei ihm nicht zuzumuten. Mit seinem Antrag hatte er keinen Erfolg.

**Das Sozialgericht:** Hilfebedürftig ist nur, wer seinen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus dem zu berücksichtigenden Einkommen oder Vermögen sichern kann. Hier steht jedoch zu berücksichtigendes Eigentum in Griechenland in Form einer Wohnung und eines Olivenhains zur Verfügung. Der Antragsteller hat nicht glaubhaft machen können, dass die Verwertung des Grundvermögens in Griechenland offensichtlich unwirtschaftlich ist und für ihn eine besondere Härte bedeuten würde. Die bloße Behauptung, dass die Immobilien in Griechenland aufgrund der dort herrschenden Krise gar nicht oder nur weit unter Wert veräußert werden könnten, reicht nicht aus. LeistungsempfängerInnen sind grundsätzlich verpflichtet, ihr Vermögen zu verwerten und dieses vorrangig für ihren Lebensunterhalt einzusetzen. Dabei müssen auch Wertverluste hingenommen werden. Ob diese Wertverluste die Grenze zur Unwirtschaftlichkeit erreichen, muss der Antragsteller auch im einstweiligen Rechtsschutzverfahren mindestens durch entsprechende erfolglose Verwertungsbemühungen glaubhaft machen. Deshalb hat das Jobcenter Leistungen zu Recht nur in Form eines Darlehens bewilligt und die Auszahlung von einer dinglichen Sicherung des Rückzahlungsanspruchs abhängig gemacht.

**Sozialgericht Detmold,  
Beschluss vom 3. Februar 2014 - S 9 AS 2274/13ER**

### Opferentschädigung

#### Nur bei Gewaltanwendung

Trotz psychischer Schäden nach einer Erpressung hat das Opfer keinen Anspruch nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG).

**Der Fall:** Die 45-jährige Apothekerin war Opfer einer Erpressung geworden. Sie hatte insgesamt fünf Erpresserschreiben erhalten. Für den Fall der Nichtzahlung der geforderten 8 500 bzw. 9 000 Euro drohte der Täter sowohl mit der Tötung der Apothekerin und deren Kinder als auch damit, das Einfamilienhaus in Brand zu setzen. Weiterhin drohte er, Gift in Lebensmittelgeschäften zu verteilen sowie Attentate auf fahrende Autos zu verüben. Die Frau machte mit ihrer Klage Ansprüche nach dem OEG aufgrund der erlittenen massiven psychischen Schäden geltend. Ihre Klage hatte keinen Erfolg.

**Das Landessozialgericht:** Die Erpressungsversuche stellen keinen „tätlichen Angriff“ im Sinne des OEG dar. Daher hat die Frau keinen Anspruch auf Gewährung von Leistungen nach dem OEG. Ein „tätlicher Angriff“ liegt nur bei einer gegen die körperliche Unversehrtheit einer anderen Person gerichteten Kraftentfaltung vor. Vorliegend stellte die Bedrohung der Frau mit Gewalt einen solchen Angriff noch nicht dar.

**Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen,  
Urteil vom 14. November 2013 - L 10 VE 46/12**

### Betriebsratswahl

#### Gewerkschaft darf aufs Betriebsgelände

Auf Einladung des Wahlvorstandes und nach Unterrichtung der Firmenleitung haben GewerkschaftsvertreterInnen ein eigenes Zugangsrecht zum Betriebsgelände. Wahlvorstand und Gewerkschaft müssen es nicht hinnehmen, dass GewerkschaftsvertreterInnen der Zugang zum Firmengelände verwehrt wird – selbst dann nicht, wenn der Arbeitgeber im Gegenzug andere Räume zur Verfügung stellt. Das Zugangsrecht kann auch per einstweiliger Verfügung durchgesetzt werden.

**Landesarbeitsgericht Mecklenburg-Vorpommern,  
Beschluss vom 11. November 2013 - 5 TaBVGa 2/13**

### Betriebsratsamt

#### Kein Nachteil in der Entlohnung

Betriebsratsmitglieder erhalten Nachtzuschläge – auch ohne nachts zu arbeiten –, wenn vergleichbare ArbeitnehmerInnen für ihre Arbeit Nachtzuschläge erhalten haben und das Betriebsratsmitglied ohne die Übernahme der Betriebsratsstätigkeit ebenso in der Nacht gearbeitet hätte.

**Landesarbeitsgericht Köln,  
Urteil vom 13. Dezember 2013 - 12 Sa 682/13**

### Leiharbeit

#### Fahrkosten sind zu erstatten

LeiharbeitnehmerInnen haben grundsätzlich Anspruch auf Erstattung der Fahrkosten für die Strecke vom Verleihbetrieb zur konkreten Einsatzstelle. Besteht im Betrieb des Verleihers eine betriebliche Übung über die Erstattung der Fahrkosten, gilt diese Regelung, wenn sie angemessen ist. Das ist der Fall, wenn sie eine Erstattung in Höhe von 0,30 Euro pro Kilometer ab dem 21. Entfernungskilometer beinhaltet, bezogen auf die Strecke zwischen dem Wohnort und dem Entleihbetrieb.

**Landesarbeitsgericht Niedersachsen,  
Urteil vom 20. Dezember 2013 - 6 Sa 392/13**

### Arbeitnehmereigenschaft

#### Fachkrankenpfleger keine Honorarkraft

Die Tätigkeit einer Fachkrankenpflegerin für Anästhesie in einem Krankenhaus stellt trotz Vereinbarung von freiberuflicher Honorartätigkeit eine abhängige Beschäftigung dar, die der Sozialversicherungspflicht unterliegt.

**Sozialgericht Dortmund,  
Urteil vom 29. Oktober 2013 - S 25 R 2232/12**

### Selbstverwaltung der Kirchen

#### Kirchenbeamte können Gerichte anrufen

Auch Geistliche und Kirchenbeamte können sich grundsätzlich an die staatlichen Verwaltungsgerichte wenden, soweit eine dienstrechtliche Maßnahme gegen elementare Grundsätze der staatlichen Rechtsordnung verstößt. Die Prüfung anhand des kirchlichen Rechts bleibt dagegen Sache der innerkirchlichen Gerichte.

**Bundesverwaltungsgericht,  
Urteil vom 27. Februar 2014 - 2 C 19.12**